

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 626.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepaltenen Beitzelle oder deren Raum 20 Pf., Verlagsungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Dienstag, den 23. Mai 1916.

23. Jahrg.

Der Geburtenrückgang und seine Ursachen.

Es fällt auf, daß die Zahl der Eheschließungen in Deutschland seit Beginn dieses Jahrhunderts zwar absolut zugenommen, daß aber trotzdem die Zahl der Geburten abgenommen hat. Im Jahre 1901 zählte man bei 288 567 Eheschließungen 1 301 092 Geburten, im Jahre 1912 bei 328 340 Eheschließungen nur noch 1 222 168 Geburten. Die angebliche Verringerung der Eheschließungen kann also nicht die Ursache der Geburtenverminderung sein, wohl aber scheint es festzustehen, daß namentlich in den mittleren und höheren Kreisen eine große Zahl der Eheschließenden in vorgerücktem Alter in die Ehe tritt und daß sich infolgedessen die Durchschnittszahl der in der Ehe gezeugten Kinder geringer stellt als früher. Auch das ist ein wirtschaftliches Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung, der Kampf ums Dasein wird immer schwerer, in immer späteren Lebensjahren ist es gewissen Schichten möglichst, sich eine Familie zu gründen, man will „standesgemäß“ leben und schiebt die Eheschließung immer weiter hinaus.

Dazu kommt als weiteres wirtschaftliches Moment für zahlreiche Familien das Wohnungselend, das keineswegs auf die Großstädte beschränkt ist, sondern auch in den mittleren und kleineren Städten, ja stellenweise sogar auf dem Lande zutage tritt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je geringer das Einkommen einer Familie, desto größer der Prozentsatz ist, den die Wohnungsmiete verschlingt. Namentlich in den Großstädten dürfte es heute schon die Regel bilden, daß die ärmeren und mittleren Schichten 25 bis 30 Prozent ihres Einkommens für Wohnungsmiete aufzuwenden haben. Unter Fachleuten herrscht kein Zweifel darüber, daß die Wohnungssteuerung von der ernsten Bedeutung ist und daß sie namentlich für die minderbemittelten Schichten unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten das wichtigste Element bildet. Selbst die Regierung hält es für sicher, daß unter den Gründen für die geringere Einbürgerung der Kinderzahl besonders in unseren Großstädten die zunehmende Wohnungssteuerung und der Wunsch vieler Eltern, der durch ein Anwachsen der Familie bedingten Steigerung der Wohnungsmieten vorzubeugen, eine nicht geringe Rolle spielen. Dazu kommt, daß viele Hausbesitzer ihre Wohnungen an kinderreiche Familien überhaupt nicht oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen vermieten, so daß Familienväter mit einer großen Zahl von Kindern häufig kaum eine Wohnung finden oder fortgesetzt die Kündigung befürchten müssen. So sehr wir ein solches Gebären der Hausbesitzer verurteilen, so können sie sich dabei doch in gewissem Sinne auf das Vorbild berufen, das ihnen manche Verwaltungen geben, die bei der Auswahl von Beamten um bestimmte Stellen grundsätzlich solche mit kinderreichen Familien ausschließen. Man darf weiter nicht außer acht lassen, daß auch die Rücksicht auf eine bessere Ausbildungsmöglichkeit der Kinder manche Eltern zur Einschränkung der Geburtenzahl zwingt. Einem oder zwei Kindern können sie allenfalls eine gute Erziehung und Ausbildung zuteil werden lassen, ist aber die Zahl größer, so wird ihnen das ershwert, wenn nicht unmöglich gemacht und die Kinder sinken ins Proletariat herab.

Wie steht es nun mit den politischen und religiösen Faktoren, mit denen einige Nationalökonomien den rapiden Geburtenabfall in Zusammenhang gebracht haben? Es ist die Behauptung angelegt, daß auf dem Lande besonders in katholischen Gegenden, der Neomalthusianismus nicht festen Fuß fassen könne, während er besonders da, wo der Liberalismus herrsche, und in Städten mit vorwiegend sozialdemokratischer Bevölkerung am weitesten vorgeschritten sei. Unseres Erachtens wird die Rolle, die man dem Katholizismus hier zuschreibt, weit übertrieben. Diese Annahme mag vielleicht für eine unter einfachen ländlichen Verhältnissen lebende bäuerliche Bevölkerung zutreffen, sicher aber nicht für die städtische Bevölkerung. Ist doch in den katholischen Städten des Rheinlandes die Geburtenziffer genau so stark gesunken wie anderswo! Und was den Einfluß der Sozialdemokratie anbetrifft, so hat bereits Blaschko darauf hingewiesen, daß auch hier das örtliche und zeitliche Zusammenreffen mit dem Geburtenrückgang kein Zufall ist, da selbst der größte politische Gegner der Sozialdemokratie nicht leugnen kann, daß es gerade die fortgeschrittensten Arbeiterschichten sind, die dem Sozialismus huldigen. „Daß die neomalthusianistische Bewegung zuerst in den Großstädten festen Fuß gefaßt hat, liegt aber nicht allein an der größeren Intelligenz der städtischen Bevölkerung. Die wirtschaftlichen und besonders die hygienischen Nachteile einer großen Familie machten sich in der Großstadt mit ihren engen und teuren Wohnungen, ihren hohen Häusern und dunklen Höfen, mit der durch den teuren Lebensunterhalt erzwungenen Erwerbstätigkeit der Mutter viel früher und intensiver fühlbar als auf dem Lande, wo selbst in den ärmeren Tagelöhnerfamilien oft für eine große Kinderzahl Licht, Luft, Bewegungsfreiheit und Nahrungsmöglichkeit in größerem Maße vorhanden waren. Seitdem aber neuerdings durch die Entwicklung der Kleinstädte und

ihrer Bedürfnisse auch auf dem Lande die Naturalwirtschaft arg bedroht wird, so daß vielfach an den einfachsten Nahrungsmitteln wie Milch usw. Mangel herrscht, sehen wir nunmehr auch hier die Tendenz nach Kleinhaltung der Familie zum Durchbruch gelangen.“

Geben hiernach, soweit die mittleren und ärmeren Volksschichten in Betracht kommen, in der Hauptsache wirtschaftliche Momente den Ausschlag für den Geburtenrückgang, so spielt bei den Frauen der sogenannten höheren Gesellschaftsschichten vielfach Bequemlichkeit und die Furcht, sich nicht mehr uneingeschränkt ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen hingeben zu können, eine große Rolle. Das sollten vor allem die Moralprediger nicht außer acht lassen, die über die zunehmende Unsitlichkeit in der Arbeiterklasse wettern, dabei aber ganz außer acht lassen, wie es in ihren eigenen Kreisen aussieht.

Im innigen Zusammenhang mit der Abnahme der Geburtenziffer steht die Säuglingssterblichkeit, die erfreulicherweise von Jahr zu Jahr im Sinken begriffen ist. Während 1876 in Deutschland von 100 Kindern im ersten Lebensjahre noch 20,5 starben, waren es 1910 nur noch 15,7. Blaschko zieht daraus den durchaus zutreffenden Schluß, daß bei verminderter Kinderzahl nicht nur den einzelnen Kindern eine bessere Aufzucht, bessere Nahrung und Wartung zuteil werden kann, sondern daß auch umgekehrt eine durch bessere ökonomische Verhältnisse ermöglichte bessere Aufzucht der Kinder bedingt, daß diese am Leben bleiben und daß infolgedessen weniger Kinder als Ersatz für die zahlreichen gestorbenen geboren werden. Die von der Gesamtheit in Form der Säuglingsfürsorge und ähnlichen Einrichtungen getroffenen Maßnahmen wirken dann genau so wie die Maßnahmen der Familie. Dazu kommt, daß nicht nur die Säuglingssterblichkeit, sondern auch die Sterblichkeit in den späteren Kinderjahren wesentlich von der Größe der Familie abhängt, und endlich, daß nach dem Urteil eines anderen Forschers die gleichen Momente, die zu dem Tode der hunderttausende von Säuglingen führen, etwas wirtschaftlich noch schlimmeres im Gefolge haben, nämlich daß aus einer ebenso großen und noch größeren Zahl von Säuglingen statt kräftiger, widerstandsfähiger, nur schwächliche Menschen werden, die zu einem namhaften Teil in ihrem späteren Leben Opfer der

Tuberkulose und anderer chronischer Krankheiten werden und der öffentlichen Fürsorge dauernd zur Last fallen.

Was ergibt sich nun aus dieser Darstellung, die naturgemäß nicht erschöpfen will, sondern sich auf das allernotwendigste beschränken muß, in bezug auf die zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs zu ergreifenden Maßnahmen? Mit einem gesetzlichen Verbot des Vertriebes von Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft oder zur Verhütung der Empfängnis geeignet sind, wie es von bürgerlicher Seite immer und immer wieder verlangt wird, wird man nichts erreichen. Im Gegenteil, der Vorteil, der dadurch vielleicht auf der einen Seite erzielt wird, wird auf der anderen Seite reichlich wieder wettgemacht durch das Anwachsen der Zahl der Geschlechtskranken. Hat man sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß in erster Linie wirtschaftliche Momente für den Geburtenrückgang sowohl als auch für die Säuglingssterblichkeit in Frage kommen, so muß man auch die nötigen Schlußfolgerungen daraus ziehen und alles tun, einmal um die wirtschaftliche Lage des Volkes zu heben, sodann aber, um die Säuglingssterblichkeit einzuschränken. Daß man der Säuglingssterblichkeit bis einem bestimmten Grade Herr werden kann, ist durch die Tatsachen bewiesen. Auf dem bisherigen Wege weiter fortzufahren, wird vor allem die Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein. Aber das allein genügt nicht, wenn nicht Hand in Hand damit die Hebung der Lage der breiten Massen des Volkes einhergeht. Wer das Streben der Arbeiterklasse auf Erringung besserer Löhne und Arbeitsverhältnisse hemmt, wer dem Volke seine Nahrungsmittel verteuert, wer sich, sei es im Reich, sei es im Staat, sei es in den Gemeinden, einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Wohnungspolitik widersetzt, wer durch Niederhaltung der Löhne der Männer die Frauen und Mütter zur Erwerbstätigkeit zwingt, trägt bewußt oder unbewußt dazu bei, daß der Geburtenrückgang immer weitere Fortschritte macht. Will man das Uebel mit Erfolg bekämpfen, dann Sorge man einmal dafür, daß die „Damen der besseren Kreise“ den Arbeiterfrauen nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen, und zweitens lasse man kein Mittel unversucht, um die Existenzbedingungen des Volkes zu verbessern. Diesen Weg zu beschreiten, ist Pflicht eines jeden, dem es mit der Lösung eines so wichtigen Problems ernst ist.

Von den Kriegsschauplätzen.

Vor Verdun haben die deutschen Truppen ihre Stellungen am linken Maasufer wesentlich dadurch verbessert, daß sie die gegnerischen Stellungen auf den östlichen Ausläufern der Höhe 304 nach einem Sturmangriff nahmen und dadurch die so wichtige Verbindung zwischen dem „Toten Mann“ und der Höhe 304 zu einer vollständigen und beherrschenden machen konnten. Daß das für die Operationen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, liegt auf der Hand.

Der Erfolg erstreckt sich aber auch noch nach einer anderen Richtung hin, wie aus folgender Meldung aus dem Großen Hauptquartier hervorgeht: „Zwei Tage, nachdem unsere stürmenden Truppen den Camard-Wald westlich der Höhe 304 an sich gerissen und dadurch unsere Linie links der Maas von einem Dorn befreit und ausgeglichen haben, ist uns wieder westlich von Verdun ein schöner Erfolg zugefallen. Aus der nun ausgepläteten geraden Front haben wir am 20. Mai nachmittags den Fuß der deutschen Stellung vorgetragen und die Höhe 285, den südlichen Ausläufer des Toten Mannes erobert. Der Verlust gerade dieses Gebietes muß unseren Gegnern besonders schmerzhaft sein, weil sie mit ihm den Boden verloren, den sie nach ihrem Zurückweichen aus dem Gebiet des Toten Mannes als den wahren Toten Mann hinzustellen versuchten. Der Besitz der neuen Stellung ermöglicht uns erhöhte Einwirkungen auf den südlichen Abschnitt der Straße Bethincourt-Estes und auf die Stellung an der Maas bei Cumieres.“

Rechts der Maas erzielten die Franzosen einen Heinen Augenblickserfolg, indem sie im Steinbruch, südlich des Gehöftes Hautromont, Fuß fassen konnten. Heimlich werden sie hier aber sicherlich nicht werden.

Heute fährt sich der Tag der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn und damit der Verrat am Dreibrund. Da dürfte es den italienischen Kriegsherrn recht unangenehm sein, daß sie der Bevölkerung statt mit Siegen mit Niederlagen auszuwarten müssen. Wie wir gestern abend bereits durch Aushang bekannt haben, haben die österreichisch-ungarischen Truppen auf der Hochfläche von La Traun (Südtirol) die Italiener aus ihrer ganzen Stellung geworfen und sich ferner in den Besitz weiterer bedeutungsvoller Punkte gesetzt. Seit Beginn der Operationen hätten die Italiener über 23 000 Gefangene und 172 Geschütze erlangt. Angehts der Mißerfolge in Südtirol werden die Italiener von französischen Blättern gerüffelt. So schreibt der „Temps“: „Wir setzen voraus, daß unsere Alliierten

in den Bergen langen Widerstand würden leisten können. Jetzt melden die Oesterreicher, daß sie zahlreiche Stellungen besetzten, was der Bestätigung bedarf. Denn es wäre erstaunlich, wenn der italienische Führer, der zwei Monate lang die feindlichen Truppenbewegungen aufmerksam verfolgte und die Aufsammlungen und das Stärkerwerden sah, nicht Maßnahmen getroffen haben sollte, um dem Stoß zu begegnen, und imstande gewesen sein sollte, die Lage wieder herzustellen. Der Stillstand an der Ost- und Südfront wird den Oesterreichern erlauben, Truppen wegzunehmen. Wir wollen über diese Bewegungslosigkeit nicht streiten. Wir kennen ihre Gründe nicht, und können sie also nur feststellen.“

Nach einer an anderer Stelle wiedergegebenen Meldung fanden am Tigris neue Kämpfe statt. Die Kämpfe bei Kut-el-Amara sind hiernach auch nach der Kapitulation General-Lomaxs nicht zum Stillstand gekommen. Der Abzug der zum Entschluß tigrisaufwärts gefandten Truppen und ihre Konzentrierung auf das stromabwärts gelegene Korna oder gar Basra, der hier und da vermutet wurde, hat nicht stattgefunden. Vielmehr hält General Gorringe unter General-Lakes Oberbefehl die von ihm eingenommenen Stellungen noch immer besetzt. Allerdings ist ihm auch jetzt eine Zurückdrängung der türkischen Linien nicht möglich gewesen. Diese leisten ihm in den Schanzlinien der Sann-i-Dat-Stellung in der der Ort Felahie eine so bemerkenswerte Rolle, wie unerschütterlich am linken nördlichen Tigrisufer Widerstandsmöglichkeit sie auch am rechten Ufer das entsprechende Werk von Beitise aufgaben. Von dem Hin- und Herlaufen des Kampfes gibt Beweis, daß trotz der Preisgabe von Beitise die Schanze von Dujailah von den Türken genommen wurde. Das Beachtenswerteste an der Meldung ist die Vereingung einer russischen Kavallerieabteilung mit den Truppen General Gorringes. Auf welcher Richtung diese Abteilung gekommen ist, läßt sich nicht feststellen, da Perrien schon seit Wochen längs der ganzen Frage kommenden Grenzlinie von Hamadan bis Ispahan von russischen Truppen besetzt ist. Nur Jundel steht fest, daß die Vereingung nicht auf dem Wege über Bagdad erfolgt sein kann, da das gesamte türkische Grenzgebiet hier trotz der russischen Vormärsche bis Kerind noch völlig in türkischer Gewalt ist, und den vorrückenden Russen bei Kerind ein unübersteigliches Hindernis entgegengekehrt wurde. Es muß sich um Abteilungen handeln, die aus den besetzten persischen Gebieten

den Genfer Bahnhof etwa hundert Schwerverletzte, die nach Deutschland befördert wurden. Alle erhielten Geschenke von der deutschen Kolonie.

Englische Uebergriffe gegen Dänemark.
Wie verlautet, wird die dänische Regierung demnächst Verhandlungen mit Englands zwecks Freigabe der zurückgehaltenen großen Kaffee-Ladungen eröffnen. Die Preisregulierungskommission trifft inzwischen Maßnahmen zur Verhinderung der unnötigen Preissteigerung durch Spekulanten. Von englischer Seite wird gegenwärtig eine Statistik über die dänischen Vorräte von Kaffee aufgenommen. Die Entscheidung wegen der weiteren Kaffeezufuhr nach Dänemark soll dann von dem Ausfall der Statistik abhängig gemacht werden.

Änderungen in der Reichsregierung.

Was in den letzten Tagen bereits verlautete, nämlich die Berufung Helfferichs, des bisherigen Reichsschatzsekretärs, zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers sowie die Ernennung des Staatssekretärs für Elsaß-Lothringen Graf von Rödern zum Nachfolger Helfferichs im Reichsschatzamt ist nunmehr zur Tatsache geworden. Darüber liegt folgende amtliche Meldung vor:

WB. Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser und König haben dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums und Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Befassung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler erteilt und ihn von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers entbunden,

den Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatz-amtes Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern ernannt und mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt, den Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Wirkl. Geh. Rat Graf von Rödern vom 1. Juni 1916 ab zum Staatssekretär des Reichsschatz-amtes ernannt und bestimmt, daß bis zum 1. Juni 1916 die Geschäfte des Reichsschatz-amtes durch den Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich weiter zu führen sind. Se. Majestät der Kaiser und König haben ferner den Staatsminister Dr. v. Breitenbach zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt.

Die Aufgaben, welche sowohl Helfferich als auch Rödern zu lösen haben, sind groß und schwer und gerade für die breiten Massen des Volkes bedeutungsvoll. Man wird zunächst abwarten müssen, welche Wege die neuen Männer zu wandeln beabsichtigen. Als Reichsschatzsekretär hat Helfferich eine Steuerpolitik betrieben, die gerade bei den Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch findet.

Die Lebensmitteldiktatur.

WB. Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Nach einer amtlichen Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, „Das Kriegsernährungsamt“, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehverzehrung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batschki berufen.

Hier ist eine ungeheure Macht in die Hand eines Einzelnen gelegt worden. Das Volk würde es sicherlich begrüßen, wenn diese ohne Rücksicht auf gewisse Sonderinteressen von Händlern und Produzenten zur Gesunderung der Verhältnisse in der Volksernährung nachdrücklich angewandt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichskanzler an Grey und Poincaré.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat dem bekannten Vertreter amerikanischer Blätter Carl v. Wiegand eine Unterredung gewährt, in der er ausführlich auf die letzten, von Sir Edward Grey einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber getanen Äußerung eingeht und auch die Rede Poincarés in Nancy streift. Zu dieser Unterredung des Reichskanzlers mit Wiegand bemerkt der „Lokal-Anzeiger“: Sowie wir über diese Unterredung des Reichskanzlers mit Herrn v. Wiegand unterrichtet sind, hat Herr v. Bethmann-Hollweg in weit ausshaltender Weise die wiederholten Grenzfällen Behauptungen widerlegt, als sei Deutschland als Friedensstörer Europas zu betrachten. Im großen und ganzen scheinen die Ausführungen des Kanzlers in eine Aufforderung an die Minister der Entente mündlich, und besonders an Sir Edward Grey, der das Friedensbedürfnis Englands so ausdrücklich betont hat, auszuklingen, doch lieber endlich, wenn wirklich der Friede gewünscht wird, Anschuldigungen und nebelhafte Verweigerungen abzuweisen oder noch zu erringender Erfolge beiseite zu lassen und mit deutlich verständlichen Feststellungen dessen hervorzutreten, was sie von einem Friedensschluß erwarten, der diesem mörderischen Krieg auf der Grundlage

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 23. Mai. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Absicht eines Angriffes der Engländer südwestlich von Dinchen-en-Gohelle wurde erkannt und die Ausführung durch Sperrfeuer verhindert. Kleine englische Vorstöße in Gegend von Roclincourt wurden abgewiesen.

Im Maasgebiet war die Gefechtsintensität infolge ausgedehnter Gegenangriffe des Feindes besonders lebhaft. Links des Flusses nahmen wir südlich des Camardwaldes ein französisches Blockhaus. Feindliche Angriffe östlich der Höhe 304 und am Südhang des „Toten Mannes“ scheiterten.

Rechts des Flusses kam es auf der Front nördlich des Gehöfts Thiaumont bis in den Cailletewald zu heftigen Infanteriekämpfen. Im Anschluß an starke Feuerbereinigung drangen die Franzosen in unsere vordersten Stellungen ein. Unser Gegenstoß warf sie auf den Flügel des Angriffsbereiches wieder zurück.

Südlich des Dorfes und südlich der ehemaligen Feste Douaumont, die übrigens fest in unserer Hand blieb, ist der Kampf noch nicht abgeklungen.

Nordwestlich der Feste Vanz wurde ein vorgestern vorübergehend in Feindeshand gefallener Sappentopf zurückerobert.

Durch Sprengung zerstörten wir auf der Combreshöhe die erste und zweite französische Linie in erheblicher Ausdehnung.

Bei Vanz-les-Balameix und Senzen (auf den Maasflüssen südlich von Verdun) brachen feindliche Angriffe in der Hauptphase im Sperrfeuer zusammen. Kleine in unsere Gräben eingedrungene Abteilungen wurden dort niedergelämpft.

Ein feindliches Flugzeug wurde südwestlich von Bailly abgeschossen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.
Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

der wirklichen Kriegslage ein Ende zu sehen imstande sein soll. Nur auf diese Weise wäre es möglich, einer Verwirklichung der heutigen Sehnsucht aller Völker näherzukommen.

Wir begrüßen alles, was geeignet erscheint, der Welt den Frieden wiederzugeben oder ihr doch wenigstens uns näher zu bringen. Von diesem Standpunkt aus hätten wir gern gesehen, wenn auch der Reichskanzler sich etwas weniger undeutlich über die deutschen Kriegsziele ausgesprochen hätte, umso mehr als gerade jetzt wieder gewisse Annexionisten, deren sonstige Politik auch von der großen Masse des Volkes bisher mit Recht abgelehnt worden ist, an der Arbeit sind, um für ihre dem Frieden nicht förderlichen Pläne Propaganda zu machen.

Weitere zehn Milliarden Kriegskredite.

Dem Reichstage wird, wie die „Post. Ztg.“ erzählt, noch in diesem Tagungsabschnitt eine weitere Kreditvorlage zugehen, die wieder zehn Milliarden anfordern wird. Die zuletzt bewilligten Kredite reichen zwar noch bis in den Sommer hinein, aber man will dem Reichstag den nochmaligen Zutritt im Hochsommer ersparen. So dürfte die Vorlage in der Woche vor Pfingsten zur Erledigung kommen.

Warum der Reichstag im Hochsommer nicht tagen soll, wenn es notwendig ist, kann man doch nicht recht einsehen. Solche Rücksichtnahme scheint uns recht wenig angebracht.

Arbeiterfürsorge im Kallisech.

Die Kommission behandelte am Sonnabend den § 19, der von der Entschädigung von Arbeitern und Beamten handelt, die infolge der Uebertragung von Beteiligungsziffern beschäftigungslos werden. Es wird beschlossen, daß Beamten und Arbeitern die wegen Uebertragung von Beteiligungsziffern auf einer anderen Arbeitsstelle Arbeit nehmen, die mehr als 6 Kilometer von dem bisherigen Wohnort entfernt ist, von dem übertragenden Kalimeresbesitzer die Umzugskosten gewährt werden müssen, sofern dies nicht von einer anderen Seite bereits geschieht. Zwei andere Anträge der Sozialdemokraten und der Unterkommission sollen der Spekulation in Kalimeres entgegenwirken durch Verweigerung einer Beteiligungsziffer für neu errichtete Werke. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Antrag der Unterkommission durch eine Resolution Gothein ersetzt, die durch eine Bundesratsverordnung, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914, die Angelegenheit geregelt werden will. Dann wird folgende von der Sozialdemokratie eingebrachte Resolution angenommen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß fiskalische und private Kallwerke mit ihren Arbeitern tarifliche Lohnvereinbarungen treffen und die Vertreter der gewerkschaftlichen Berufsvereine als Berater der Arbeiter hinzugezogen werden. Darauf wurde eine zweite Lesung beschlossen.

Was ist übermäßiger Gewinn?

In einer Strafsache hat in einer Schöffengerichtssitzung in Köln der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Küppers, den „übermäßigen Gewinn“ im Sinne der Bundesratsverordnung wie folgt festgelegt:

1. Jeder über einen normalen Friedensgewinn hinausgehende, nicht besonders durch Arbeit und Risiko gerechtfertigte Gewinn ist unstatthaft.
2. Demgemäß hat sich jeder, auch bei einem freihand, insbesondere durch Preistreiberie erhöhten Marktpreis, mit einem mäßigen Gewinn zu begnügen.
3. Jeder unnötige, nur dem Interesse des betr. Händlers dienende und lediglich Preistreiberie herbeiführende Zwischenhandel, in den in dieser Zeit sich dem Handel oder dem betr. Handelszweige fernstehende, unberufene Personen eindrängen, was also der direkte Weg zum Verbraucher bereits offensteht, ist auch beim geringsten Gewinne, da solcher nach Wortlaut und Ziel gedachter Verordnung eben ein übermäßiger Gewinn ist, strafbar.

Hienach wäre also dem Ketten- und Schieberhandel mit den bisherigen Bestimmungen der Bundesratsverordnung betr. übermäßigen Gewinn und folgerichtig auch auf Grund der vom 23. April 1915 zur Festhaltung ungewerkschaftlicher Personen vom Handel beizukommen. — Wenn man nur tüchtig zugreift.

Die Finanzlage Chinas. Infolge der langen Dauer des europäischen Krieges und der Unruhen in Japan ist der Geldmarkt Chinas in der letzten Zeit still und eingeschränkt. Das Kabinett hielt mehrere Sitzungen ab, um Mittel und

Wege zu finden, die Finanzlage zu verbessern. Anfang Mai wurde eine Kabinettsorder veröffentlicht, welche die Einlösung der Noten der Bank des Reichs und der des Reichsministeriums vorläufig einstellt und die Zurückziehung der Depositen verbietet. Die beiden Banken haben eine Noteneinlösungsreserve von 40 Millionen Dollar. Aber durch die Bestrebungen des Publikums, seine Noten in Bargeld umzuwandeln, gingen die Reserven auf 35 Millionen zurück. Der gesamte Notenumlauf wird auf 60 Millionen geschätzt. Die Kabinettsorder erstrebt dreierlei: Erstens, eine große Zentralgeldreserve zu schaffen; zweitens, eine finanzielle Krise zu vermeiden und drittens, die Rückzahlung der fremden Anleihen zu sichern. Die Regierung ist im Begriff, mehr Kleingeld zu schaffen, Höchstpreise zu verordnen und dergleichen Mittel anzuwenden, die in Europa die Finanzlage so sehr erleichtert haben. Nach dem Inkrafttreten der erwähnten Order bleibt die allgemeine Geschäftslage in China normal. Das Volk ist mit den Maßnahmen sehr zufrieden, so wenigstens wird amtlich versichert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 23. Mai.
Vermehrung der Japan-Brotarten. Aus Berlin wird gemeldet: Bei unserer variablen Wirtschaft mit den Brotgetreidevorräten wird es möglich sein, die Brotverteilung für die schwer arbeitende Bevölkerung in absehbarer Zeit zu vergrößern.

Freigabe bestimmter Mengen Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß diejenigen Mengen Tee, wofür bisher eine Uebernahme nicht ausgesprochen wurde, unter folgenden Bedingungen freigegeben werden: 1. Die freigegebenen Mengen dürfen nur an Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Fachhandels abgegeben werden, die sich verpflichten, den Tee an den Verbraucher abzuführen. 2. Im Kleinverkauf dürfen an jeden einzelnen Käufer nicht über 125 Gramm Tee auf einmal verabreicht werden. Schon verpackte größere Gewichtseinheiten als 125 Gramm müssen der Bestimmung angepaßt werden. 3. An die Großverbraucher, Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw. darf an Tee dasjenige Quantum in wöchentlichen Raten verkauft werden, das dem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht. 4. Im Kleinverkauf darf für guten Konsumtee der Preis für das Pfund 4,50 Mk. verpakt für loje Ware und 5 Mk. verpakt für handelsübliche Originalpakete nicht überschreiten. Bessere bis zu den feinsten Sorten dürfen der Qualität entsprechend zu höheren Preisen verkauft werden, jedoch nicht höher als 8 Mk. das Pfund für loje Ware und 8,50 Mk. das Pfund für verpackte Ware. 5. Bei Mischungen von schwarzem und grünem Tee ist das Mischungsverhältnis auf der Umhüllung und Verpackung anzugeben und der Verkaufspreis entsprechend niedriger zu stellen. Denjenigen Teeverkäufern, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Teevorrat abgenommen.

Rohkaffee, wofür bisher eine Uebernahme nicht ausgesprochen ist, soll unter folgenden Bedingungen freigegeben werden: 1. Die freigegebenen Mengen dürfen nur an Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Fachhandels abgegeben werden, die sich verpflichten, den Kaffee unmittelbar an den Verbraucher abzuführen. 2. In jedem einzelnen Falle darf nicht über 1/2 Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird. 3. Der Preis für 1/2 Pfund gerösteten Kaffee und 1/2 Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 Mk. nicht übersteigen. 4. An die Großverbraucher, Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw. darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das dem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden. 5. Fertige Mischungen gerösteten Kaffees mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Wer solche Mischungen verkauft, ist verpflichtet, auf der Umhüllung und der Verpackung anzugeben, wieviel Prozent reiner Bohnenkaffee in der Mischung enthalten ist. Der Preis für die Mischungen darf, wenn 50 Prozent Bohnenkaffee enthalten ist, 2,20 Mk. per Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen. Denjenigen Verkäufern von Kaffee und Kaffee-Ersatzmitteln und sonstigen Mischungen, die die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Kaffeevorrat abgenommen.

Die Anweisung des zuständigen Zuckerbedarfs zum Einführen von Kleinvorräten im Ausland hat nach einer Bekanntmachung der Kommission zur Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln im Insepatenteil unseres Landes bis zum 31. Mai zu erfolgen.

Verbot der Spargelausfuhr. Vor einiger Zeit wurde es in der Presse kritisiert, daß Spargel aus Mecklenburg nach Dänemark ausgeführt sei. — Die Ausfuhrstatistik soll ergeben haben, daß insgesamt 45 Zentner ausgeführt sind. — Jetzt hat der Reichskanzler ein Ausfuhrverbot für Spargel erlassen, um „dadurch jeden Schein zu vermeiden, als ob Nahrungsmittel der inländischen Volksernährung entzogen werden könnten.“ Auch für anderes Gemüse sollten, um jeden bösen Schein zu vermeiden, Ausfuhrverbote erlassen werden. So geht in Hamburg z. B. das Gerücht, daß größere Mengen Gemüse, z. B. Spinat, der wohl auf den Hamburger Markt kommt, von dem aber nicht ein Stengel an die Hamburger Kleinhandlung verkauft wird, von Ausfuhrern (Bakern) aufgekauft und nach Dänemark ausgeführt wird. Das ist bis jetzt rechtlich zulässig, aber ganz gewiß nicht wünschenswert.

Geschwinderer Graupenhandel. Die Graupenzentrale teilt folgendes mit: In letzter Zeit mehren sich in steigendem Maße die Angebote in sogenannten beschlagnahmte und verkehrsfreien Geschäftsgraupen und Gerstengrüße zu Wucherpreisen. Die Herstellung von Graupen und Grüße aus Gerste ist nur den von der Reichsfuttermittelstelle kontingentierten Graupenmühlen gestattet und der Verkaufspreis der Mühlen auf 67 Mk. für 100 Kilogramm (einschließlich Sack) festgelegt. Nunmehr kommen in letzter Zeit Angebote großer Mengen Graupen an den Markt mit der ausbräutlichen Verkaufsbedingung: „Verkehrs- und beschlagnahmtefrei“, hierdurch soll der Anchein erweitert werden, als ob die Ware aus dem Auslande eingeführt worden sei. Die aus dem Auslande eingeführte Ware darf aber durch den Handel nicht in den Verkehr gebracht werden, da laut Bundesratsverordnung vom 4. März dieses Jahres Sabritate aus Getreide, welche aus dem Auslande eingeführt werden, der Beschlagnahme für die Zentralkaufgesellschaft in Berlin unterliegen. Die Verkaufspreise der sogenannten beschlagnahmtefreien Graupen und Grüße schwanken im Großhandel zwischen 220 Mk. bis 300 Mk. für 100 Kilogramm gegen den von der Reichsfuttermittelstelle festgelegten und von den kontingentierten Graupenmühlen eingehaltenen Höchstpreis von 67 Mk. Von den Reichsbehörden sind schon Maßnahmen angeordnet, um diesem ungeheuren Handel ein Ende zu machen. Die Käufer derartiger „beschlagnahmtefrei“ Graupen sollten eine Befreiung von den Beschlagnahmen fordern, welche die Ware als vom Auslande eingeführt glaubhaft macht. Da es unmöglich ist, eine solche Befreiung bezugzugeben, weil die vom Auslande eingeführte Ware der Zentralkaufgesellschaft zu übereignen ist, so handelt es sich um inländische Ware, die zu Wucherpreisen verkauft wird.

Das Mische Staatsbürgerrecht wurde im Monat April an 30 Personen erteilt.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Mutterschutz und Wohnungsreform.

In Fortsetzung der Beratungen des Staats für das Reichsamt des Innern behandelte der Reichstag am Montag zwei Spezialgebiete, deren Besprechung von der Hauptdebatte abgezweigt worden war; den Mutterschutz und Sänglingschutz sowie die Wohnungsreform. Zu dem ersten Punkt lagen zwei Anträge vor, einmal der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der auf reichsgesetzlichem Wege Schaffung von Mutter- und Sänglingschutz sowie staatlicher Geburtshilfe verlangt, sodann ein Zentrumsantrag, der sämtliche das Bevölkerungsproblem berührende Fragen an eine besondere Kommission zur Durchberatung verweisen will. Als Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wies Genosse Kuhnert daraufhin, daß dieser Zentrumsantrag praktisch nur darauf hinauslaufe, zu verhindern, daß jetzt im Reichstag etwas für den Mutter- und Sänglingschutz praktisch geschehe. Wenn der Redner des Zentrums, Abg. Hise, in der vorigen Sitzung von einem Wettlaufen der Parteien mit sozialpolitischen Anträgen gesprochen habe, so sei ein solcher Wettlauf erst durch den Antrag des Zentrums geschaffen worden. In Hand der Statistik zeigte der Redner, daß infolge ungenügenden Sänglingschutzes auf die Dauer größere Menschenverluste entstehen, als selbst durch den Krieg. Von Regierungsseite antworteten ihm der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Summ, der auf den Rückgang der Sänglingssterblichkeit in den letzten 12 Jahren hinwies und beachtenswerte Angaben über den günstigen Stand der Volksgeundheit während des Krieges vortrug. Genosse Fischer-Hannover von der Sozialdemokratischen Fraktion sprach im gleichen Sinne wie Genosse Kuhnert, während der Fortschrittler Dr. Müller-Meinungen den Zentrumsantrag unterstützte.

Auf dem Gebiete der Wohnungsreform zeigte die Debatte ziemliche Einmütigkeit, da die Redner aller Fraktionen ziemlich uneingeschränkt für die in der Kommission beschlossenen Resolutionen auf Schaffung von Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer, Unterstützung durch den Krieg in Not geratener Hausbesitzer und Mieter usw. eintraten. So konnte denn Genosse Gähre mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die eigentlichen Widerstände gegen eine Reichswohnungsreform nicht so sehr im Reichstage als vielmehr bei den verbündeten Regierungen zu suchen wären, die sich auf den Standpunkt stellen, daß das Wohnungsproblem Sache der Landesregierung sei und die Reichsgesetzgebung nichts anginge. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß wenigstens die jetzigen Anträge, die dem Standpunkt der Regierung ungemein weit entgegenkommen, da sie nur die durch den Krieg brennend gewordenen Fragen berühren, bei den verbündeten Regierungen bessere Aufnahme finden würden. Ob diese Erwartungen sich erfüllen werden, muß freilich noch angezweifelt werden, denn der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Lewald, erklärte, nicht in der Lage zu sein, eine offizielle Erklärung zu dieser Erweiterung der Kompetenz des Reiches abgeben zu können. Gegen die Übernahme zu weitgehender Bürgerpflichten durch das Reich hat der Regierungsvertreter Bedenken. Daneben verdient bemerkt zu werden, daß er der Lässigkeit der Baugenossenschaften ein weitgehendes und warmherziges Lob spendete. Einige Redner der Rechten freilich, wie Abg. Dr. Urendt (Deutsche Fraktion), saßen die Frage der Wohnungsreform mehr in dem Sinne einer Subventionierung der Hausbesitzer als einer Förderung der Interessen der Mieter auf. Demgegenüber war es nur angebracht, wenn Genosse Oskar Ehn-Nordhausen nachdrücklich betonte, daß der Kernpunkt einer Wohnungsreform sein müsse, den Mietern zu helfen. Er betonte auch, daß die jetzt von der Kommission angenommenen Resolutionen nur Mindestforderungen enthielten und nach dem Kriege der Kampf um ein Reichswohnungsgesetz gegen den Widerstand der verbündeten Regierungen mit aller Energie fortgesetzt werden müsse. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

52. Sitzung. Vormittags 12 Uhr.

Berlin, 22. Mai.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.
Auf dem Platz des Abg. Spahn (Ztr.), der heute seinen 70. Geburtstag feiert, befindet sich ein Strauß roter Rosen.
Präsident Dr. Kaempfer spricht dem Abg. Spahn den Glückwunsch des Hauses aus.
Die Beratung des

Staats für das Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt. Einige Kapitel werden debattellos genehmigt. Beim Kapitel Gesundheitsamt ergreift das Wort Abg. Kuhnert (Soz. Arb.); Wir verlangen in unserem Antrage einen Gelegenheitswurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Mutter- und Sänglingschutzes sowie der Geburtshilfe. Diesen Antrag sowie den Antrag Wassermann, der die in der Kriegszeit eingerichtete Reichsmutterhilfe zu Regelleistungen der Krankenversicherung machen will, will das Zentrum einer besonderen Kommission überweisen, die zugleich noch eine Unmenge anderer Dinge zur Bekämpfung des bedrohlichen Geburtenrückganges besprechen soll. Das ist lediglich eine Erdrosselung und Abwürgung unseres Antrages. Wir stellen nicht die Verhinderung des Geburtenrückganges, sondern die Erhaltung des vorhandenen Lebens in die erste Reihe. Wir wollen lebend erhalten und lebend schützend wirken, das ist umso wichtiger, als jetzt Millionen der besten und kräftigsten Leute hingeropft werden. Der beste Sänglingschutz ist ein guter Mutterschutz. Deshalb dürfen die Frauen höchstens acht Stunden arbeiten, ebenso dürfen sie nicht acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung arbeiten. Natürlich müßten sie in dieser Zeit entschädigt werden. Am rückständigsten auf dem Gebiete der Geburtshilfe ist natürlich Preußen, das hierfür kein Geld hat, aber für die Hebung des Gesundheitswesens Millionen und Abermillionen aufwendet. Eine Hebung des Hebammenwesens in Deutschland ist notwendig, noch immer müssen jährlich über 100 000 Frauen ohne jede Hilfe gebären. Erhörend ist auch die Sänglingssterblichkeit. Daß sie vermeidbar ist, beweist die geringe Sänglingssterblichkeit in den Fürstentümern. Ausschlaggebend für die Sänglingssterblichkeit sind eben die sozialen Verhältnisse. Deshalb ist die Kindersterblichkeit ein Schandmal für unser Wirtschaftssystem, ein Massenmord auf dem Altar des Kapitalismus. (Lebh. Zustimmung. h. d. Soz. Arb.) Man spricht immer von dem milliardengroßen Nationalreichtum, ohne zu bedenken, daß der wirkliche Nationalreichtum in der Tüchtigkeit und Gesundheit der Menschen besteht. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Natürlich würde ein wirksamer Mutter- und Sänglingschutz, eine gründliche Reichsmutterhilfe große Mittel erfordern. Diese Mittel müßten aber vorhanden sein in einer Zeit, wo so viele Milliarden für Militarismus, Marinismus und ähnliches verbraucht werden. (Bravo! h. d. Soz. Arb.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Summ: Noch nie ist in einem Kriege die Zivilbevölkerung so wenig von Seuchen heimgesucht worden, wie in diesem. — Die Kindersterblichkeit ist im Laufe der letzten 10 Jahre erheblich herabgegangen, die Sterblichkeit der in der Entbindung stehenden Frauen hat leider keine Verminderung erfahren. Das hängt jedenfalls mit der Zunahme der Abtreibung unter Mitwirkung unsachverständiger Hände zusammen. Die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Hebammenwesens hat der Bundesrat nicht anerkannt, doch sind einschlägige Grundzüge über die Ausbildung der Hebammen zur Vorlegung an die Landesregierungen ausgearbeitet. Diese Vorlegung ist durch den Krieg vorläufig verhindert worden. Die Angriffe des Vorredners gegen Preußen sind unbedeutend, gerade der preussische Minister des Innern ist augenblicklich mit einer großzügigen systematischen Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit befaßt.

Abg. Kuhnert (Soz. Arb.): Infolge der Unterernährung im Kriege besteht die Gefahr, daß die Zahl der Seuchen sich steigert. Die Kindersterblichkeit müssen wir sofort herabdrücken, daß sie der in den Fürstentümern gleich ist. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.) Meine Vorwürfe gegen Preußen muß ich aufrecht erhalten. Versprechungen helfen uns nichts, fordern Taten. (Zust. h. d. Soz. Arb.)

Abg. Fischer-Hannover (Soz.): Infolge des großen Umfangs der Frauenarbeit im Kriege wird die Sänglingssterblichkeit wieder zunehmen. Hiergegen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Bedeutendes auf dem Gebiete haben die Ortskrankenkassen geleistet. Segensreich hat auch die Bundesratsverordnung über die Reichsmutterhilfe gewirkt. Sie muß nach dem Kriege aufrecht erhalten und noch weiter ausgebaut werden. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vpt.) erkennt die Notwendigkeit an, daß auf dem Gebiete des Mutter- und Sänglingschutzes und der Bekämpfung der Kindersterblichkeit etwas ge-

schieht, will aber trotzdem alle vorliegenden Anträge der vom Zentrum beantragten Kommission überweisen.
Abg. Kuhnert (Soz. Arb.) wendet sich nochmals gegen diese Verschleppungspolitik.

Das Kapitel wird bewilligt, die Abstimmung über die Resolutionen und Anträge wird am Mittwoch stattfinden.
Beim außerordentlichen Etat werden zur Förderung des Kleinwohnungsbaus für Arbeiter und geringbezahlte Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs 5 Millionen verlangt.

Mit der Beratung dieses Titels wird verbunden der Bericht der Kommission über das Wohnungsproblem. Die Kommission fordert Erhöhung des Titels auf 10 Millionen und Einbeziehung der Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen in die Wohnungsfürsorge. Ferner will die Kommission 30 000 Mark zur Unterstützung der Vereinigungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus in den Etat einstellen. Ferner verlangt die Kommission Reichsunterstützung für die Gemeinden und Kommunalverbände, die den Kriegsteilnehmern Mietsbeiträge gewährt haben, Reichshilfe für die Abbildung der während des Krieges gestundeten Mieten und Hypothekenzinsen. Ferner wünscht die Kommission Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes in der Richtung, daß das Gericht vor dem Termin Erörterungen über die Versteigerungsbedingungen veranlassen kann, weiter ein Gesetz, daß Bürgerpflichten des Reichs zur Förderung des Baus von Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen schafft. Weiter begehrt die Kommission die gesetzlichen Unterlagen für Kriegserbemittlungen zur Ausgestaltung des Erbbaurechts, zur Sicherung der Hausbesitzer und Mieter gegen die Folgen des Krieges, weiter Förderung der unfähigsten Tilgungshypotheken. Schließlich wünscht die Kommission Entwirkung des Reichsanzlers auf die Einzelstaaten zur Schaffung öffentlicher Schatzungsämter und zur Schaffung von Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken als gemeinnützige Anstalten.

Abg. Jäger (Ztr., auf der Tribüne fast unverständlich) tritt für die Forderungen der Kommission ein.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (Natl.) befürwortet ebenfalls die Anträge der Kommission, besonders lebhaft die Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte.

Abg. Gähre (Soz.): Die verbündeten Regierungen lehnen es immer noch ab, von Reich wegen Wohnungspolitik zu betreiben, während der Reichstag und seine Wohnungskommission es mit letzter Einmütigkeit verlangen. Diejenige Regierung, die sich gegen die Forderungen der Kommission stellt, muß diese Verhandlungen eine Flucht an die Deszendenz bilden, um den Widerstand der Regierung endlich zu überwinden. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat ein Eingreifen des Reiches für den Fall versprochen, daß die Einzelstaaten verjagen. In Preußen wurde daraufhin ein Wohnungsgesetzentwurf eingebracht, der aber längst wieder in der Versenkung verschwunden ist. Auch in den anderen Bundesstaaten herrscht noch Ruhe über den Wassern. Trotzdem hat die Reichsregierung noch gar keinen Versuch gemacht, die Wohnungsreform in Angriff zu nehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beim Staatssekretär Dr. Delbrück scheint eine gewisse Bereitwilligkeit zur Tat vorhanden zu sein, aber offenbar sind ihm durch den Bundesrat die Hände gebunden. Die Realcreditkommission hat rasch und gut gearbeitet, sofort kam aber auch Preußen mit einer Vorlage in derselben Richtung, die, wie es scheint, nur dem Vorgehen des Reichsamtes des Innern Schwierigkeiten machen sollte. Die preussische Regierung hat bereits erklärt, daß sie in diesem Jahre zu den Beschlüssen der Kommission über die Schatzungsämter und Stadtbanken nicht werde Stellung nehmen können. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Resolutionen der Wohnungskommission sind äußerst bescheiden, sie beschränken sich im wesentlichen auf die durch den Krieg dringend gewordenen Forderungen. Nach dem Kriege wird zweifellos ein großer Mangel an Kleinwohnungen eintreten, dem zu begegnen ein dringendes Erfordernis ist. Sehr unglücklich würde es wirken, wenn die Regierung dem einmütigen Wunsch des Reichstages gegenüber sich auf Kompetenzbedenken beschränken würde. Das Reich ist ganz zweifellos berechtigt, eine großzügige entschlossene Wohnungspolitik zu betreiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen, daß die Reichsregierung die Spinnfäden von Kompetenzbedenken zerreiße, daß sie die Arbeit nicht anderen überläßt, sondern selbst die Initiative ergreift und in lokaler und ernsthafter Arbeitsteilung mit den Einzelstaaten und Gemeinden die große Aufgabe der Wohnungsreform in die Hand nimmt. Meine Freunde werden in Zukunft noch viel energischer und ringender die Forderungen auf diesem Gebiete erheben. Eine konsequente Wohnungspolitik gehört mit zu der verprochenen Neuorientierung. Die verbündeten Regierungen täten am besten, jetzt schon damit zu beginnen, indem sie die vorgelagerten Resolutionen akzeptieren und sofort in die Wirklichkeit umsetzen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

74. Fortsetzung.

Die Käte, welche das Gesicht der Frau von Bredow überzog, erinnerte die Fürstin, daß sie eine unangenehme Erinnerung erweckt hatte. Der Marschall Bredow war bestimmt gewesen, im Gefolge des Kurfürsten mitzureiten und die Ehrendienste zu verrichten; bis am Tage vor der Abreise es anders bestimmt ward. So wußt du zum Reichstag nach Augsburg? hatte der hohe Herr gesprochen und gelacht. Das geht nicht; sie lachen dich und mich aus. Dort tragen sie sich alle spanisch. — Was schadet's, wenn einer sich deutsch trägt, der ein Deutscher ist, hatte Hans Jürgen gesagt; aber der Kurfürst war an dem Tage gut gelaunt; das Deutsche sei schon gut zu Haus, hatte er erwidert, aber nicht in der Fremde, wo man Ehre einlegen müsse, und nimmer, wo zwei miteinander verhandeln und einer dem andern den Schelm absieht, was sie Politik nennen. Hans Jürgen wäre so gern mit nach Augsburg geritten, aber er mußte zu Hause bleiben.

„Gott in Gnaden, was Toren die Menschen sind!“ sprach die Kurfürstin. „Und das sind noch die Besseren! Wonach alles jagen wir in unserer sträflichen Blindheit, und was fürchten wir, und schließen die Augen vor dem Heil, was uns so nahe liegt! Der Hofprediger könnte ein Mann Gottes sein und ward ein Mann des Teufels, weil er ihn lacht, wo er nicht ist. Und ist dein Mann weniger krank, der sich kümmern läßt ein Ding, was nicht wert ist, daß man davon den Mund aufstut?“

„Ach, gnädigste Frau, es ist ja das Gelübde —“

„Solche Gelübde quälen den schwachen Sinn, die vor Menschen getan sind, aber das große Gelübde, das wir alle getan, ihm allein zu leben und seiner Ehre, das kümmert uns wenig oder nicht.“

Die Kurfürstin war auf gutem Wege, ihre Edelfrau zu festschöpfen über ihren Glauben und ihres Mannes, eine Beschäftigung, in der sie später in ihrer Einsamkeit sich sehr gefallen haben soll. Ob Frau Eva eine sehr bereitwillige Schülerin gewesen wäre, ist zweifelhaft; wenigstens schien sie nicht geneigt, über den Glauben ihres Mannes etwas zu verraten, sie meinte, daß sei eine Sache, welche diesen allein angehe. Aber es kam nicht zu weit, den ihr Zwiesgespräch ward durch einen Lärm auf der Straße unterbrochen. Es wählte sich aus der Breiten- und aus der Straßentrabe eine große Menschenmenge auf den Schloßplatz, die ihre Hüte und Hüte schwenkten, und ihre ganze Aufmerksamkeit auf einen Mann zu Kopf gerichtet hatten, der in der Richtung nach dem Schloße zurück, aber Mühe zu haben schien, durch die Menge zu dringen. Etwas Faches mußte seine Botenschaft sein; so viel hörte man aus dem lautenstimmigen Halle, und aus dem Schwärmen

des Reiters; auch ließ er ein Fähnlein wehen und zeigte, wie salutierend, nach dem Schloße. Was die Menge aber jahre, war auch da noch unverständlich, als die kleine Prinzess Elisabeth, ihr Spielzeug fortwerfend, das Fenster aufgerissen hatte und die Frauen sich hinauslehnten. Der Kurfürst galt es, das haben sie bald, aber die Stimmen waren draußen so verwirrt, daß sie nicht wußte, ob die frohe Kunde von ihrer Tochter aus Pommern, von ihrem Sohn aus der Türkei, von ihrem Bruder Christiern, der, Gott weiß wo, umherzog, oder von sonst wo her kam, als es schon die Treppen heraufließ, und durch die Korridore. Der erste, der in seinem zu vollen Herzensdrange die Tür aufstieß, schrie hinein: „Der Kurprinz!“ „Der durchlauchtigste Kurprinz!“ Bernatlich war es ein Mann, dem eine solche Meldung nicht zuwand, denn vor Schreden verstummt er logelnd, riß die Tür wieder zu und war verschwunden, als die Kurfürstin schon vom Fenster fortgestürzt war und die Arme dem zurückkehrenden Sohne entgegenbreiten wollte. Bis zur Tür konnte sie sich zwar besinnen, daß die Rückkehr ihres Joachim ein Wunder gewesen wäre, da er noch vor acht Tagen bei Selgrad gestanden, aber welche Wunder schienen einer liebenden Mutter nicht möglich? Die zweite Wort war eine Rammerzose, die nur rief: es sei ein Freudenbot da vom Kurprinzen, und als die Kurfürstin zitternd fragte, was er bringe? brachte er atemlos so viel vor, daß der Prinz den Großfürsten mit Mann und Maus geschlagen, und daß er Kaiser von Türentland oder von Deutschland geworden. Mehr erlaubte es ihr die Freude nicht, oder der Atem verging ihr. Erst der dritte, ein Herr vom Hofe, der hier sprechen durfte, hinterbrachte so viel von der wirklichen Nachricht: daß der junge Kurprinz einen ungeheuren Sieg über die Ungläubigen erröckten; er ließ, ich weiß nicht, wie viel Türken erschossen und erstickt und gefangen und den Sieger mit samt dem Hof von seinen Soldaten und Kittern in die Luft gehoben werden, wobei sie ihn unter einem Jubelgeschrei, danor der Himmel gezittert, durchs eroberte Lager getragen bis ins Zelt des Großfürsten.

So viel wußte der Kammerherr, auch gewiß, daß es nur mit dem Türkenreich zu Ende sei. Das Volk auf dem Platz drängen wußte viel mehr. Dreimalhunderttausend Türken hatte der Kurprinz mit seinen Brandenburgern in einer Schlacht geschlagen, die sieben Tage gedauert, und das Blut floß so, daß sie in der Nacht nicht auf dem Boden schlafen konnten, und bei Tage wadeten sie darin bis an die Knie. Im letzten Tage hatten die Sieger die Feinde ins Meer gejagt, das davon räter wurde, als die untergehende Sonne, und von den ganzen dreimalhunderttausend Mann war nicht ein einziger davon gekommen. An Spandower Weg wußten sie nach einer Viertelstunde, daß seine Soldaten den Kurprinzen, auch hier samt seinem Pferde, von der Kalfatt bis nach Konstantinopel getragen, hatten, was ein weiter Markt ist; am Stralower Tor, was noch weiter ist, nämlich als das Spandower

vom Schloß zu Köln, daß er mit einem Sak vom Pferde auf den Thron des türkischen Kaisers gesprungen und sich eigenhändig dessen Krone auf den Kopf gesetzt hatte. In Sankt Georgen vor dem Tor erzählten sich endlich die Spittelweiber am Abend, daß gleich nach der Eroberung von Konstantinopel die deutschen Adler geflogen gekommen waren und sich auf die Kirchdächer gesetzt hätten; und als am andern Morgen die Sonne aufging, wurden die Adler, die ruhig über Nacht sitzen geblieben, plötzlich golden. Denn ehedem waren die kaiserlichen Adler golden, aber aus Trauer darüber, daß Konstantinopel genommen, waren sie schwarz geworden, um wieder golden zu werden, wenn die Christen die Stadt wieder nähmen. Die Spittelweiber, die es erzählt, hatte es aus des Sendboten eigenem Munde gehört; — wenn auch nicht selbst, so doch von einer andern, die es wieder von einer andern gehört.

Das erste, was die Kurfürstin tat, sie drückte ihre Tochter Elisabeth, die halbwegs zu ihr hinaufsprang, an ihre Brust, und bedeckte sie mit tausend Küßen. Dann schloß sie auch die Edelfrau an ihr Herz, dann fragte sie den Kammerherrn: „Ist auch mein Sohn gesund?“

„Heil und gesund und in Glorie!“

„Ist's aber auch wahr? — Wo ist der Bote?“

„In Seiner Durdaucht. Alle stürzten hinauf, Vornehm und Gering, in den großen Treppensaal, es mit anzuhören. Der Kurfürst hatte befohlen, alle Türen aufzutun; die frohe Kunde könne jeder hören.“

„Und ich nicht!“ rief Frau Elisabeth, es war aber nichts Süßeres in ihrem Ton. Der Kammerherr hatte schon die Tür geöffnet, die zur Galerie nach dem Treppensaal führte.

„Kommt alle, alle! Ich bin doch eine glückliche Mutter!“

Aber an der Tür wandte sie sich noch einmal um und warf sich vor ihrem Betpult nieder. Dem Herrn, der ihren Sohn behütet, gebührt ihr erstes Dankopfer. Sie betete nicht lang, aber innig. Elisabeth, das Kind, kniete neben der Mutter, und als die Kurfürstin aufstand, drückte sie einen feierlichen Kuß auf die Stirn ihrer Tochter.

Zur Frau von Bredow aber sagte sie im Hinausgehen: „Das war eine so herrliche Fügung des Herrn, als daß ich ihm nicht gedanken sollte, und daß ich nicht in der Stunde der Schwachheit wankte und meine, es habe ja niemand außer Gott, der mir's versetzen werde, gehört, vertraue ich es dir, und du wirst mich mahnen, wenn ich meine Pflicht vergesse!“

„Gnädigste Frau, wie kannst du dir je vergessen!“

„Ich konnte heute schwach werden, wenn Joachim in mich dringt. Nein, hier hab' ich's gelobt: dem Herrn, der so wunderbar über meinen Sohn gewaltet, tue ich's nicht an. Nie, nimmermehr gebe ich meine Zustimmung, daß sie mein Kind zum Götzendienste in die Fronleichnamspredigt führen.“

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Carls (D. Frakt.): Auf dem Gebiete der Wohnungsreform hätte die Reichsregierung allen Grund zum Umlernen. Hoffentlich macht der kommende Staatssekretär in der Wohnungsfrage das Wort wahr: „Neue Befehle führen gut.“ Den Resolutionen der Kommission werden wir zustimmen.

Abg. Dr. Ullrich (D. Frakt.): Die Resolution der Kommission bezieht sich auf das Reichsgebiet zu beschränken. Eine gute Landesgesetzgebung wäre auf diesem Gebiete der praktische Weg, weil das Reich ja doch nur auf dem Umwege über die Einzelstaaten Wohnungsreform treiben kann. Das preussische Wohnungsrecht ist nur durch den Ausbruch des Krieges verhindert worden, nach dem Kriege wird es zweifellos zur Tat werden.

Ministerialdirektor Dr. v. Wald: Namens der verbündeten Regierung kann ich zu den Befreiungen, die Wohnungsfürsorge durch das Reich zu erweitern, keine Erklärung abgeben. Früher hat sie jedenfalls Bedenken von ausschlaggebender Bedeutung für bestehend erachtet. Seit 1901 hat übrigens das Reich 62 Millionen Mark für das Kleinwohnungswesen aufgewendet. Auf diesem Gebiete geschieht in Deutschland weit mehr als in den anderen Ländern.

Abg. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.): Das Interesse der Mieter ist gegenüber dem der Hausbesitzer das sozial wichtigere. Immer härter treten die Schäden des privaten Bodenbesitzes zutage. Zwischen dem Mieter und dem ursprünglichen Besitzer einer Baustelle schieben sich eine Reihe Zwischenglieder ein, die sämtlich Spekulationsgewinne einstecken wollen. Mindestens 50 Millionen Mark jährlich werden so den Mietern als eine besondere Steuer auferlegt.

Abg. Götting (Natl.) rühmt die Tätigkeit des Privatkapitals im Wohnungswesen. Abg. Frommer (Konf.) und Abg. Mumm (D. Frakt.) empfehlen die Anträge der Wohnungscommission insbesondere in bezug auf die Kriegsteuern. Abg. Wirth (Ztr.) polemisiert gegen den Abg. Cohn. Die Interessen der Hausbesitzer und Mieter seien keineswegs entgegengesetzt. Auch die Angriffe des Sozialverbandes des deutschen Grundbesitzes gegen die gemeinnützige Tätigkeit von Kommunen, Postell Freiburgs, auf dem Gebiete des Wohnungswezens müssen zurückgewiesen werden.

Damit schließt die Diskussion über das Wohnungsrecht. Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die neuen Kriegsteuern.

Mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft haben sich die Parteien des Reichstages in der Kriegsteuernfrage zu einem Kompromiß zusammengedankt, der bezüglich der eigentlichen Kriegsteuern jetzt in Gehalt eines Antrages für die zweite Lesung vorliegt.

Vermögensabgabe.

Nach den Beschlüssen der Subkommission des Reichstages sollte zur Kriegsteuer mit einer einmaligen Abgabe herangezogen werden jeder, dessen Vermögen in den drei Kriegsjahren 1914, 1915 und 1916 zusammen genommen einen Zuwachs von 1000 Mk. erfahren hat, mit der Einschränkung, daß eine Abgabe nicht erhoben wird, wenn der Gesamtzuwachs des Vermögens 5000 Mk. nicht übersteigt. Wer also vor dem Kriege 5000 Mk. Vermögen hatte, am 31. Dezember 1916 über 7000 Mk., der hätte eine einmalige Abgabe von 100 Mk. zahlen müssen.

Das Kommando hat diese Frage erheblich geändert: Die Abgabe vom Vermögenszuwachs wird nur erhoben, wenn dieser Zuwachs mindestens 3000 Mk. beträgt; die untere Grenze für die Steuerbarkeit ist auf 10000 Mk. festgelegt. Der während des Krieges sein Vermögen von 10 auf 13000 Mk. vergrößert hat, der muß für die übersteigenden 2000 Mk. eine Abgabe in Höhe von 5 %, also 100 Mk. bezahlen. In das Vermögen gehören von 3000 auf 10000 Mk. in Höhe von 10 %, da die Steuergrenze durchgezogen werden soll, so bezahlt für die ersten 10000 Mk. des Vermögens 5 % = 500 Mk., für die folgenden 10000 Mk. 10 % = 1000 Mk., für die folgenden 20000 Mk. 2 % = 4000 Mk.; der Rest des Vermögens fällt in die nächste Steuergrenze, die bis 50000 Mk. geht. Für diese 10000 Mk. zahlt man 2 % = 200 Mk., also 2000 Mk., in das in diesem Falle das Vermögenszuwachs von 30000 Mk. mit einer Abgabe von 5000 Mk. belastet würde.

Es werden aber auch Vermögen erben, die keinen Zuwachs aber ein hohes Vermögen von mehr als 10 % erfahren haben. Das Kommando nimmt an, daß während des Krieges alle Vermögen um 10 % vermindert haben. In dem diese Vermögensverminderung geringer als 10 %, so muß für den verbleibenden Teil dieser 10 % eine Abgabe gezahlt werden. Selbiges kommt bei dem Kriege ein Vermögen von 100000 Mk. und hat sich dieses Vermögen während des Krieges nicht verändert, dann muß er für die ursprüngliche, aber nicht eingezahlte Vermögensabgabe von 10000 Mk. eine Abgabe von 1 % = 1000 Mk. bezahlen. Vermögen unter 10000 Mk. bleiben von dieser Abgabe befreit. Die Abgabe vom Vermögenszuwachs beträgt bis auf 50 %. Dieser Satz trifft aber nur auf Zuwächse, die über ein hohes Vermögen kommen. Bei 5000 Mk. einer Gewinn von 100000 Mk. zahlt man, der nun zu zahlen:

10000	5 %	=	500
10000	10	=	1000
10000	2	=	200
20000	2	=	400
50000	2	=	1000
100000	2	=	2000
200000	2	=	4000
300000	2	=	6000
500000	2	=	10000

Zeitschriften befallen. Ausgenommen von der Abgabe für Zeitschriften werden die Preßtelegramme, die an Zeitungen, Zeitschriften oder Nachrichtenbüros gerichtet sind.

Der Frachttarifenstempel.

wird in der Weise geregelt: Bei Frachttarifen und Sperrgut 10 Pfg., Gürtelgut 20 Pfg., für Wagenladungen, deren Fracht bis 25 Mk. beträgt, 1 Mk., darüber hinaus 2 Mk., für Gült in Wagenladungen 1,50 resp. 3 Mk. Die Beförderung von Milch, soweit sie nicht in Wagenladungen erfolgt, bleibt von der Abgabe frei.

Die Tabaksteuer.

wird nahezu völlig wieder in der Fassung der Regierungsvorlage hergestellt, nur die Tabaksteuer auf inländischen Tabak erfährt eine Ermäßigung von 75 auf 70 Mk. Die anderen Veränderungen sind unwesentlich. Es bleibt also dabei, daß auch die Zigarren, die von der Kommission ausgeschlossen worden waren, zur Steuer herangezogen werden. Schließlich wird bestimmt, daß das Gesetz über die Tabaksteuer am 1. Juli 1916 in Kraft tritt.

Die Warenumschlagsteuer.

wird in der Form festgelegt, daß für 1000 Mark Umsatz 1 Mark zu bezahlen ist. Als Warenkörnung gelten u. a. auch die Lieferung von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser. Nicht als Waren gelten Forderungen, Urheberrecht, Wertpapiere, Wechsel, Checs, Banknoten, Bauspargeld, Geldnoten, amtliche Wertpapiere und Grundstücke. Befreit von der Zahlung sind Lieferung von Gold in Barren, Lieferung von Waren, die in das Ausland gehen und Lieferung von ausländischen Waren aus dem Zollauslande. Als Gewerbetriebe, der von dieser Abgabe befreit wird, gilt auch die Land- und Forstwirtschaft, die Viehzucht, die Fischerei, der Gartenbau und der Bergwerksbetrieb. Wenn sich der Gesamtumsatz auf nicht mehr als 3000 Mk. beläuft, so besteht eine Abgabepflicht nicht.

Die Subkommission, welche die Kriegsgemeinschaft zu beraten hat, und die Steuerkommission, welche die anderen Steuern zur Vorbereitung überweisen sind, trafen am Montag zusammen, und man hofft, daß es gelingt, in kurzen Sitzungen die Kompromißvorläufe zu verabschieden. Bereits im Laufe dieser Woche dürften dann die Steuerentwürfe im Plenum des Reichstages verhandelt werden. Man rechnet damit, daß die bürgerlichen Parteien sich in ihren Reden Beschränkungen anferlegen wollen, daß der Reichstag sein Arbeitspensum spätestens in der Mitte der Pfingstwoche erledigt haben wird.

Die sozialdemokratische Fraktion wird für die Besitz Steuern, dagegen sowohl gegen die indirekten Steuern, als auch gegen die Verbrauchsteuern stimmen.

Zur Lebensmittelnot.

In verschiedenen Städten des Reichs kann jeder in beliebiger Menge Butter kaufen, der über so viel Moneten verfügt, daß ein Preis bis zu 4,50 Mk. für das Pfund ihm nicht zu hoch ist. Diese Butter kommt zumeist aus Holland, zu einem Teil aber auch aus Polensche des Inlandes. Die holländische Butter kostet im Einkauf 2,50 - 3 Mk. das Pfund. Die Händler, die sie zu dem hohen Preise abgeben, machen also ein vorzügliches Geschäft. Nun bedauert die Konsumgenossenschaft „Bereitung“ in Elberfeld dem Wucher dadurch zu steuern, daß sie 200 Tonnen Butter zu 2,37 Mk. das Pfund in Holland ankauft, die sie mit 2,50 Mk. das Pfund abzugeben gedankt, dreißig Pfennige unter dem Höchstpreis für Butter in dieser Stadt. Zur selben Zeit erteilt die Behörde in Elberfeld ein Verbot des Verkaufs ausländischer Butter. Damit wurde der Gesellschaft ihr gemeinnütziges Vorgehen unmöglich gemacht. Die Butter wird nun vermutlich von einem Händler aufgekauft, der sie zu hohen Preisen weitergibt — „unter der Hand“ wird nämlich der verkauften Handel fließt weiter stattfinden. Dieser der Maßnahme der Stadtverwaltung Elberfeld steht die Zentral-Genossenschaft, die durch derartige Maßnahmen die Lebensmittelnot unendlich erhöht, hart erwidert.

Immer wieder verordnete Lebensmitteln. Das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Darmstadt sagt in seinem Tätigkeitsbericht, daß von 616 Proben an Fleisch und Fleischwaren 16 beanstandet wurden. Unter den Fleischwaren sind in besonders umfangreiche geräucherter Schinken und Schweinehälften als verdorben bezeichnet worden und deshalb der Beschlagnahme verfallen. In einem Dortmund-Kühlschrank lagerten, um ein Beispiel anzugeben, etwa 50 Zentner Schinken und Schweinehälften. Sei einer Kontrolle stellte sich heraus, daß viel mangelhafte Ware sich darunter befand. Das Fleisch wurde zur weiteren eingehenden Untersuchung beschlaggenommen. Bei Grund der Untersuchung wurden dann 51 Zentner als noch für menschliche Genuszwende verwendbar auf der Freidank verkauft, während der Rest von 26 Zentner als verdorben vernichtet werden mußte. In einem anderen Falle wurden in einem Dortmunder Lagerkammer 100 Zentner Schinken und Schweinehälften beschlaggenommen. Hieron konnten nach 51 Zentner auf der Freidank verkauft werden, während 49 Zentner zur Vernichtung der Rechner-Berichtungsanstalt überwiesen worden sind. Bei 91 Proben von Butter wiesen 39 einen zu hohen Wassergehalt auf, und zwar lag der festgestellte Gehalt an Wasser zwischen 18,36 und 22,05 g. In einer Sendung von Käseproben betrug der Wassergehalt zwischen 40 und 45 %.

Gegen den Schieberhandel mit Lebensmitteln. Der amtliche Abg. Werner fordert in einer „Lebensmittelnot“, die er im Reichstag einbrachte, ein Verbot der Anzeigen, die den Schieberhandel mit Lebensmitteln ermöglichen und begünstigen. Der amtliche Reichsminister für Ernährungswesen fordert die Gewerbetreibenden auf, den in jenen Anzeigen gemachten Angaben nachzugehen, und die Ware von Gemüts wegen zu übernehmen. Gerade jetzt sei mit einer Steigerung von Angebots zu rechnen, da die Schieber, die die Lebensmittel zurückzuführen haben, bis zur äußersten Grenze mit dem Verdienen während der Lebensmittelnot zu rechnen hätten. Die Käufer Preissteigerungen festzustellen. Bei Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, insbesondere Lebensmittel, Heiz- und Kochstoffe, Seife und Kleidungsstücke durch Preislisten anzugeben, herbeizuführen, nach wievorn am Tag vor Beginn der Verteilung der Waren ein Stück jeder Ware einreichen. Köln bekommt damit eine Lebensmittelnot, die in ihrem Bereich vorhandenen Warenmärkte und kann sie gegebenenfalls mit die holländische Versorgungserzeugung in Anspruch nehmen. In bezug auf die Not, daß so lange der Käufer Vorgehen nicht darstellt, die Ware abzuwehren. Alle Sachverhalte werden gegen alle Preissteigerungen stehen in ihrer weiteren vorherige Zustellung aller Verkaufsangeboten über Lebensmittel verlangen. Eine strenge und wirksame Überwachung der Verkäufe über Versorgungsregelung würde der Schieberhandel und die Preissteigerung, gleich von welcher Seite sie erfolgen, mit einem Schlage vernichten und unsere Versorgungsangelegenheiten mit einem Schlage wesentlich erleichtern.

Aus der Partei.

Schönungspunkte in den Parteiverhandlungen. In einer Sitzung der Bezirksleiter des Reichstages für den zweiten Reichstageswahlkreis wurde folgende Resolution angenommen: In Interesse der Parteizugehörigkeit und zur Beförderung einer Gestaltung unserer Partei ist durch eine Wiederherstellung unserer Parteizugehörigkeit anzustreben, die möglichst auf ein möglichst geringes Maß beschränkt ist. In dem bekannten parteiinternen Kampf der Partei, in dem ein geschlossenes Vorgehen notwendig ist, ist die Partei die größtmögliche Einheit der Parteimitglieder zu bewahren und die Parteimitglieder im Parlament sowie die Mitglieder der Parteizentrale in den Gemeinwesen des Reichstages. Diese Forderung gilt bis zum nächsten Parteitag. Die Vertreter der Parteizentrale haben die Aufgabe im Parlament und in der Parteizentrale auf die Herbeiführung der schließlichen Einigung zu hinarbeiten und alle parteiinternen Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden, damit nach einmütigen Beschlüssen der Parteimitglieder und Parteizentrale einmütig und geschlossen vorgehen kann.

schärflicher Anschauungen. Diese Resolution ist zur sofortigen Beschleunigung der Weiterbehandlung dem Parteivorstand sowie beiden Fraktionen zu übermitteln. Die Genossen Groß-Berlins erwarten von beiden sozialdemokratischen Fraktionen, daß sie durch so frichtige Verständigung auf obiger Grundlage den Genossen im Reich ein gutes Beispiel geben, bevor die Parteizugehörigkeit unheilbar geworden ist. Diese Gefahr steht unmittelbar bevor. — Während diese Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde, vereinigte eine zweite, die sich mit der Preßkommission im Vormärtskonflikt einverstanden erklärt, 27 Stimmen gegen sich, 53 waren dafür.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Teuerungszulagen in Gärtnereibetrieben lassen immer noch zu wünschen übrig, obwohl die Zeitschriften der Unternehmerverbände für eine sofortige Lohnhöhung eintraten. Die Löhne bei Arbeitsangeboten übersteigen nur um weniges die früher gezahlten Sätze. Dabei herrscht ein sehr fühlbarer Mangel an Arbeitskräften, und es verlassen infolge der schlechten Entlohnung noch fortgesetzt gelehrte und tüchtige Arbeiter den Beruf, um anderswo als Ungelernte einen Mehrverdienst zu erreichen. Wenn man bedenkt, daß infolge der unterbundenen Einfuhr von Auslande nicht bloß die Erzeugnisse der Kugelhüterei, also hauptsächlich der Gemüse- und Obstgärtnerei, sondern auch diejenigen der Ziergärtnerei aller Berufsweige ganz erhebliche Preissteigerungen aufweisen und die Unternehmer durchgängig ihre Waren gut und glatt absetzen, so ist es schwer zu verstehen, daß an den Löhnen so geknauelt wird.

Der Verband der Tapezierer, um den sich im Juli 1914 noch 10 265 Mitglieder zählten, zählte Ende 1915 bloß noch 2567 Mitglieder. 61 Zweigvereine gingen ein. Im vergangenen Jahre wurden 2430 eingezogen, gefallen sind 404. Eingekommen wurden im verflohenen Jahre 234 133 Mark, ausgegeben 275 255 Mark. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 10 765 Mark, Krankenunterstützung 3466 Mark, Koststandsunterstützung 44 834 Mark. Aus den Lokalkassen wurden 76 285 Mark für Kriegszustellungen gezahlt. Der Hauptvorstand hat mit dem Vorstand des Tapeziererverbundes ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem es den Zweigvereinen beider Organisationen zur Pflicht gemacht wird, die Fürsorgepflicht für die zurückgebliebenen Kriegsverletzten des Berufs an der Hand der zu diesem Zweck vereinbarten Leitfäden zu organisieren.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein erbarmungsloser Blutjauger. Nach 34-jähriger Verhandlung ist in Berlin vor der dritten Strafkammer des Landgerichts ein Betrugsprozeß gegen den Wucherer Steinbock und drei Genossen beendet worden. Die in dem Prozeß vernommenen 300 Zeugen stammten aus allen Kreisen und Gesellschaftsklassen Deutschlands, vom Prinzen bis zum Arbeiter, ja aus allen Zonen in Ost und West, sogar aus Mazedonien sind Geldglaube als Zeugen erschienen. Der Hauptangeklagte Steinbock ist des fortgesetzten Betruges in strafschwerem Rückfall überführt, ferner der fortgesetzten Verführung und vollendeten Erpressung, da er seinen Opfern, die die Gebühren nicht zahlen wollten, mit Klagen, Anzeigen bei dem Regimentskommandeur gedroht hat, sodann des Wuchers und des Arretbruchs. Er hat schon lange Zeit nur vom Betrug gelebt, insbesondere aber seit seiner Tätigkeit in der von ihm begründeten Zentral-Creditgesellschaft. Hunderte von Leuten sind durch ihn geschädigt worden. Sein Vorgehen gegen die Darlehnsnehmer ist oft brutal gewesen, er hat nicht vor groben Erpressungen zurückgeschreckt und ungeachtete Personen in der unerhörtesten Weise ausgebeutet. Die Strafkammer erkannte gegen Steinbock, der ein gefährlicher, erbarmungsloser Blutjauger und eine Gefahr der Menschheit ist, auf 15 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 2 Jahren Unteruchungshaft, 15 000 Mark Geldstrafe eventl. noch das höchst zulässige Maß der Ersatz-Freiheitsstrafe und 10 Jahre Ehrverlust. Seine Helfer wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 4 Jahren verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Großfeuer. Sonnabend nachmittag brach in Unadingen bei Donaueschingen ein Feuer aus, das schnell um sich griff und in fünf Stunden dreizehn Anwesen einäscherte. Das Vieh konnte rechtzeitig gerettet werden. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Zur Niederlassung Krupps in München schreibt die „Voss. Ztg.“: Es wird mitgeteilt, daß militärische Erwägungen es ratham haben erscheinen lassen, die Geschütz- und Munitionsherstellung in Deutschland mehr zu dezentralisieren, als es bisher der Fall war. Ausschlaggebend für die Niederlassung bei München sei aber vor allem der längst gehegte Wunsch der bayerischen Regierung gewesen, in Bayern eine eigene Munitionsdindustrie großzuzüchten, die es ihr ermöglicht, den Bedarf der bayerischen Truppen innerhalb des Königreichs möglichst selbstlos zu decken. Weiter bemerkt das Blatt, es werde nicht ohne Grund damit gerechnet, daß die Krupp-Gründung nur ein erstes Glied in einer nachfolgenden Reihe von Unternehmungen bildet, die darauf hinauslaufen, in Bayern allmählich eine Großindustrie ins Leben zu rufen. Daher habe auch die Stadt München im Anschluß an die von Krupp erworbenen 1100 Tagwerk (1 Tagwerk = 10 000 Quadratfuß) sofort ein großes Industriegebiet von 350 Tagwerk angekauft, und weitere 290 Tagwerk aus altem Besitz mit Gleisanschluß zu gleichem Zweck zur Verfügung gestellt. Das was Bayern einer künftigen Großindustrie bieten könne, sind seine Wasserkräfte und sein zunächst noch des Ausbaues bedürftiges Wasserstraßensystem, das den Verkehr Donau abwärts zu dem Balkan und Orient vermitteln soll.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zahlt Steuern!

Diese Mahnung der Zeitungen muß für den letzten Zahltermin des Hürtterbezirks lauten: Zahlt Steuern, aber nicht am letzten Nachmittage des Zahltermins. Wie es dem Einkünfter dieses passierte, so ist es wohl vielen, wenigstens nach dem fortwährenden Gehen und Kommen zu urteilen, ergangen. Gint Schreiber dieses am Sonnabend wohlgenut zum Steueramt, um seine fälligen Steuern zu entrichten. So glaubte er wenigstens, wie er auf seinem Steuerzettel lesen konnte, wo die Zeit des Zahlens auf 2-1 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags angegeben ist. Aber arg enttäuscht mußte er unermüdet Dinge wieder umkehren, denn an der Tür wurde ihm die Auskunft, das Bureau ist wegen der Ferien geschlossen. Nun gönnt Schreiber dieses, als ein selbst im Gemüthe von Ferien stehender Arbeiter, den Beamten die Ferien herzlich gerne. Trotzdem ist derselbe aber der Ansicht, daß dann die Behörde diesen Bureauklus in allen hiesigen Zeitungen hätte bekannt machen müssen und außerdem hätte sich dieses Zusammenreffen des letzten Zahltermins mit dem Bureauklus ja sehr leicht vermeiden lassen durch Verlegung des Zahltermins auf den 22. ds. Ms. Nun wird ja vielleicht einzuwenden sein, ja, warum zahlst du nicht schon am Freitag? Aber gemäß! Da in Lübeck die Freitagshauszahlung leider noch nicht überall eingeführt ist, auch ein mancherlei Gründen sich vielleicht nicht einmühen läßt, der Arbeiter aber bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen sein Geld in erster Linie zur Befriedigung seiner Lebensmittelpflichten braucht, so ist er eben auf den letzten Wochenlohn mit angewiesen, um seinen Pflichten dem Staat gegenüber nachzukommen. Also kann man wohl die Ansicht haben, daß diese „Strafe“, die man jetzt nach dem Rückfallen des Gesetzes bezahlen muß, sich hätte vermeiden lassen durch schon oben angeführte Maßnahmen.